

Von Medien, Eliten und denen, die keiner fragt... Landreform in Zimbabwe

Birgit Englert

Zusammenfassung

Der Diskurs über die Landreform in Zimbabwe ist von Vorurteilen und Emotionen geprägt, hinter denen die wirtschaftlichen und politischen Fakten untergehen. In diesem Artikel setze ich mich daher zunächst mit den verschiedenen Akteuren und ihren Argumentationslinien auseinander. Nach einem Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Jahr 2000 folgt ein Rückblick auf 110 Jahre Landpolitik in Zimbabwe, die auch als Geschichte der Enteignungen bezeichnet werden kann. Nach der Unabhängigkeit 1980 wurde eine Landreform begonnen, die nach einer starken Anfangsphase aus außen- und innenpolitischen Gründen in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Korruption der zimbabwanischen Elite nahm zu und die Ziele der Landumverteilung änderten sich zum Nachteil der armen Bevölkerungsmehrheit. Aus welchen Gründen, das Thema wieder aktuell wurde ist Teil der Debatte. Offensichtlich ist jedoch, daß Mugabe aufgrund der populistischen und rassistisch geprägten Regierungspolitik der Briten als Reaktion auf die Besetzung von „weißen“ Farmen, innerhalb Zimbabwes wieder Sympathien zurückgewann, die er durch seine Machtpolitik bereits verloren gehabt hatte.

„Todes-Hatz auf weiße Farmer in Simbabwe“

(Kronenzeitung, 17.4.2000)

„Zimbabwe versinkt in Anarchie - siegt der Mob?“

(Die Presse, 18.4.2000)

„Moses“ Mugabe will Simbabwe vor „weißen Rassen“ retten

(Der Standard, 28.12.2000)

Das sind nur einige der Schlagzeilen, die in den letzten zwei Jahren und mit besonderer Häufung seit Februar 2000 in österreichischen Medien über Zimbabwe erschienen sind, ein Land, das ansonsten hierzulande kaum wahrge-

nommen wird.

Doch diesmal geht es nicht um ein innerafrikanisches Thema, sondern um das Leben oder wohl eher um den Besitz von „Weißen“, die, so der Tenor der Medien, der Machtpolitik des zimbabwanischen Präsidenten Robert Mugabe zum Opfer fallen. Wie die (noch) Besitzer jedoch zu ihrem Besitz kamen, ist für die österreichischen Medien und ihre westlichen Kollegen weltweit weniger interessant. In dem einen oder anderen Beitrag finden sich Randbemerkungen über eine ungleiche Landverteilung, die „angeblich“ noch von der Kolonialzeit herrühren soll, aber eigentlich ist das doch unwesentlich. Tatsache ist, daß das Recht auf Privatbesitz bedroht ist, und das ist schließlich relevanter.

Selbst die sogenannten Qualitätszeitungen reduzieren den Konflikt um Land auf eine „simple“ Ursache. Mugabe will an der Macht bleiben und hat die weiße Bevölkerungsminderheit zu seinem Sündenbock auserkoren. In blumigen Worten und mit vielen Details werden die Einzelschicksale von weißen Farmern dargestellt, die, wenn schon nicht ihr Leben oder ihren Besitz, doch ihre Zukunftsperspektiven verlieren. Perspektiven, die die Mehrzahl der schwarzen Zimbabwaner nie hatte. Nach ihren individuellen Schicksalen fragt niemand.

Doch warum eigentlich wird seit einem Jahr immer wieder über Zimbabwe berichtet? Ist es, weil ein Teil der afrikanischen Bevölkerung des Landes am Ende seiner Geduld ist und begann, sich systematisch auf dem Besitz von Weißen niederzulassen? Oder aber ist der große Teil der Bevölkerung durchaus glücklich mit seinen kargen Böden in marginalisierten Gebieten und nur eine kleine Gruppe fanatischer Mugabe-Anhänger, die sich als „Kriegsveteranen“ bezeichnet, probt den Aufstand für den Fall, daß ihr Idol den Präsidentensessel räumen muß? Zwei extreme Darstellungen, die mit der Wirklichkeit wohl nicht viel gemein haben. Die zweite jedoch ist in den westlichen Medien omnipräsent.

In der öffentlich wahrnehmbaren Debatte über die Landreform in Zimbabwe, von der die Mehrheit der Betroffenen allerdings ausgeschlossen ist, stehen sich im wesentlichen zwei Seiten gegenüber. Diese sind wiederum nicht homogen, sondern setzen sich aus den unterschiedlichsten Akteuren zusammen. Auf der einen Seite steht die britische Regierung und die internationale Gebergemeinschaft sowie die überwiegende Mehrzahl der westlichen Medien

gemeinsam mit der zimbabwanischen Opposition und dem Farmerverband der kommerziellen Großfarmer, der *Commercial Farmers Union* (CFU).

Auf der anderen Seite hingegen findet sich vor allem die zimbabwanische Regierung und einige WissenschaftlerInnen inner- und außerhalb Zimbabwes sowie einige wenige Medien, wie etwa die Zeitschrift *New African*.

Die umzusiedelnde Bevölkerung, steht irgendwo zwischen den Seiten, genaue Aussagen über ihre Wünsche und Meinungen sind aber kaum möglich da der direkte Zugang fehlt. So werden ihre Meinungen von beiden Seiten vereinnahmt. Auf Seiten der Reformgegner auch mit Hilfe von diversen Studien, deren Ergebnisse durch tendenziöse Fragestellungen vorweggenommen werden.

Im Prinzip beschuldigen einander beide Seiten des Rassismus. In den Augen der Mugabe-Gegner setzt der Präsident auf die Diffamierung der weißen Farmer als Schuldige an der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes, um die Parlamentswahlen für seine Partei ZANU(PF) entscheiden zu können. Für die andere Seite - die durchaus nicht mit Mugabe-Anhängern gleichgesetzt werden kann - liegt die übertriebene Aufregung auf britischer Seite in der Hautfarbe der Mehrzahl der kommerziellen Farmer begründet (*New African*, June 2000, 7). Wären die meisten von ihnen schwarz, hätte die westliche Welt und vor allem die britische Regierung ihre Enteignung vermutlich nur am Rande wahrgenommen.

Die Motive hinter der Teilnahme am Diskurs sind freilich ebenso unterschiedlich wie die Lautstärke, mit der die eigene Position verbreitet werden kann und wird.

Die von der Enteignung betroffenen weißen Farmer haben einerseits durch die CFU und andererseits durch die britische Regierung eine starke Lobby hinter sich, die in den westlichen Medien ein dominantes Sprachrohr gefunden hat. Und auch das *Movement for Democratic Change* (MDC) hat sich diesem Kanon angeschlossen, wenn auch die Vorstellungen von Landumverteilung der MDC denen der ZANU(PF) wohl näher stehen, als denen der weißen Farmer.¹

¹ Die Landreformansätze der MDC, die sie in „The Zimbabwe Land Question in Perspective“ präsentiert, weisen eigentlich keine großen Unterschiede zu den Ansätzen der ZANU(PF) auf. <http://www.sadocc.at/index2.shtml>

Keine dieser Gruppen leugnet, daß eine Landreform prinzipiell notwendig wäre, alle aber lehnen Mechanismen jenseits des Marktes als diktatorisch ab. Mehr Unterstützungsleistungen für Kleinbauern halten sie für das Optimum - an den bestehenden Strukturen braucht ihrer Meinung nach nichts geändert werden. Ein „Ja“ also nur zu Verbesserungen innerhalb des Status Quo, nicht aber zu einer strukturellen Änderung der Landverteilung. Hinweise auf die Menschenrechte, die freie Marktwirtschaft und das Heimatgefühl, das die weißen Farmer für Zimbabwe empfinden, dominieren den emotionalen Teil der Argumentation der Reformgegner. Ergänzend dazu wird auf die wirtschaftliche Bedeutung der kommerziellen Farmer für Zimbabwe hingewiesen und eine Reihe von Argumenten vorgebracht, die wenn schon nicht explizit, so doch implizit suggerieren, daß schwarze Farmer nicht die gleichen wirtschaftlichen Fähigkeiten haben wie ihre weißen Kollegen. Diese rassistische Sichtweise verbirgt sich gelegentlich auch hinter dem Argument von der Überlegenheit der Großfarmer gegenüber den Kleinfarmern. Leider ist auch die zimbabwanische Regierung selbst mittlerweile auf diese Schiene aufgesprungen und fördert im Sinne der Modernisierung nur diejenigen, die kommerzielle Kapazitäten haben. Die Ärmsten der Armen hingegen werden zunehmend vergessen, da von ihnen kein großer Beitrag für die Makrowirtschaft des Landes zu erwarten ist.²

Viele der wirtschaftlichen Argumente, die den Diskurs prägen, sind allerdings falsch oder Resultat einer einseitigen Betrachtungsweise. So wird die Bewirtschaftung von kleineren Einheiten automatisch als unproduktiver dargestellt, obwohl zahlreiche Studien das Gegenteil beweisen.³ Auch was die Auslastung der großen Farmen betrifft, gehen die Meinungen weit auseinander. Gegner der Umverteilung sprechen von einer 75-90%igen Auslastung des Farmlandes in den *Large Scale Commercial Areas* (LSCA), die zum überwiegenden Teil

² Unter dem Druck von internationalen Finanzorganisationen, die einen ständigen Anstieg der Gesamtproduktion fordern, kann sich allerdings keine Regierung leisten, die Lebenssituation der ärmsten Bevölkerung auf Kosten der Gesamtwirtschaft zu verbessern.

³ Ein Beispiel liefert der Artikel von Tattersfield (J.R. Tattersfield, „The Role of Research in Increasing Food Crop Potential in Zimbabwe“. Zimbabwe Science News, Vol. 16; No. 1, 1982, pp. 6-10) vom *Department of Research and Specialist Services des Ministry of Agriculture*, der den durchschnittlichen Maisertrag in den CAs mit 695kg/ha und den der LSCF mit 4726kg/ha angab. Die Methoden waren freilich fragwürdig. Die Erträge einer Investitions-intensiven Landwirtschaft auf hochqualitativen Böden wurden mit denen

im Besitz von weißen Farmern sind, Befürworter hingegen von nur 15% (Zahlen aus Bratton in Rukuni/Eicher 1994, 73). Der Vertrauensverlust der Investoren gehört ebenfalls zum Horrorszenario der Reformgegner, das allerdings zu einem guten Teil durch die Berichterstattung erst herbeigeschrieben wird.

Anstatt jedoch die wirtschaftlichen Argumente der Reformgegner mit Gegenstudien zu widerlegen, die am Ende doch nur ungehört verhallen, wäre es für die Befürworter einer strukturellen Landreform in Zimbabwe meiner Meinung nach zielführender, die politische Dimension der Landreform in den Mittelpunkt zu stellen. Damit sind nicht die parteipolitischen Taktiken der ZANU(PF) gemeint, sondern die politischen und sozialen Konsequenzen (z.B. Überbevölkerung in gewissen Gebieten, Arbeitslosigkeit etc.) die eine unveränderte Fortsetzung der derzeitigen Landstruktur zumindest mittelfristig mit sich bringen würde.

Land oder Macht? - das Referendum und die Parlamentswahlen

Im Februar 2000 fand in Zimbabwe ein Referendum statt, bei dem eine neue Verfassung beschlossen werden sollte, die die Rechte von Präsident Mugabe erweitert hätte.⁴ Unter anderem auch um die Möglichkeit Landenteignungen ohne die Zahlung von Entschädigung vorzunehmen, für den Fall, daß sich Großbritannien weigern sollte den Ankauf von weißem Farmland zu finanzieren.

Rund 55% der Bevölkerung waren dagegen. Aber gegen was? Das ist die entscheidende Frage, die etwa die Zeitschrift *The Economist* folgendermaßen beantwortet glaubt:

„In effect, the voters were saying that the past was history; their decisions from now on would be governed by whatever they believed would give them the best chance of good, or at least better, government.“ (*The Economist*, February 19th 2000, 41)

von Kleinstbetrieben, die kaum Investitionen tätigen und auf schlechten Böden wirtschaften müssen verglichen, weshalb das Resultat nicht überrascht .

⁴ Die abgelehnte Verfassungsänderung hätte es Präsident Mugabe unter anderem ermöglicht nach Ablauf seiner gegenwärtigen Amtsperiode im Jahr 2002 zwei weitere fünfjährige Amtszeiten anzustreben.

Ob sich die Mehrzahl der Zimbabweaner tatsächlich dafür ausgesprochen hat, die Geschichte ihres Landes Geschichte sein zu lassen, kann bezweifelt werden. Ihr Protest dürfte sich eher gegen die Methoden von Präsident Mugabe und seine zunehmende Tendenz, sich als Alleinherrscher über Zimbabwe zu betrachten, gerichtet haben.

Laut einer Umfrage⁵ unter rund 2000 Zimbabweanern sprachen sich 30% für die Enteignung aller weißen Farmer aus. Für *The Economist* eine geringe Zahl, wobei aus dem Artikel nicht hervorgeht, ob auch alternative Fragen gestellt wurden, und sich ein höherer Prozentsatz eventuell für eine teilweise Enteignung aussprach. Dreiviertel der Befragten gaben der Regierung und nicht den weißen Farmern die Schuld daran, daß die Landreform nach 20 Jahren noch immer nicht durchgeführt worden war, ein Ergebnis, das allerdings nicht aussagt, daß sich die Bevölkerung allgemein gegen Enteignungen ausspricht.

Für Mugabe und die ZANU(PF) bedeutete das Referendum die erste Wahlniederlage überhaupt und ließ die Möglichkeit aufkommen, daß die regierende Partei die ursprünglich für April 2000 geplanten, und dann auf den 24. und 25. Juni 2000 verlegten, Parlamentswahlen verlieren könnte. Das Referendum wurde allerdings nicht auf parteipolitischer Ebene abgehalten und nur 20% der Bevölkerung, überwiegend aus den städtischen Gebieten, beteiligten sich an der Abstimmung. Die Opposition, die sich aus insgesamt 30 Parteien zusammensetzt, war geschlossen gegen die neue Verfassung aufgetreten. Bei den Parlamentswahlen jedoch kämpfte jede der nach regionalen, ideologischen und ethnischen Linien stark unterschiedlichen Parteien wieder für sich allein (*New African*, March 2000, 12 und June 2000, 8; *The Economist*, February 18th, 41).

Die MDC, die weitaus stärkste Oppositionspartei, wurde erst 1999 vom ehemaligen Gewerkschafter Morgan Tsvangirai, der in den 90er Jahren zahlreiche Streiks gegen überhöhte Steuern, Inflation und Korruption angeführt hatte, gegründet. Sie setzt sich aus verschiedensten Gruppierungen, darunter Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Kirchen, NGOs und den kommerziellen Farmern, zusammen. Aufgrund ihres kurzen Bestehens mangelt es ihr an einer der ZANU(PF) vergleichbaren politischen Infrastruktur. Von Seiten der ZANU(PF) wird der politische Konkurrent als eine von Großbritannien ge-

⁵ Die Umfrageergebnisse wurden in *The Economist*, April 15th 2000, 39, dargestellt.

sponserte und von multinationalen Unternehmen und den weißen Farmern unterstützte Organisation bezeichnet, deren Ziel es sei, die Errungenschaften des zimbabwanischen Unabhängigkeitskampfes rückgängig zu machen.

Die Haltung der britischen Regierung, erst nach den Parlamentswahlen über den konkreten Beitrag Großbritanniens zur Durchführung einer Landreform reden zu wollen, wird von der ZANU(PF) so ausgelegt, daß die Briten auf einen Sieg der MDC und damit auf das Ende einer (radikalen) Landreform hoffen. Denn der MDC zufolge ist Land nicht das Thema, das die Wähler interessiert, vielmehr stehen Armut und Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt (*New African*, June 2000, 8 und 33).

Auch der *Poverty Assessment Survey*⁶, der 1995 mit multinationaler finanzieller Unterstützung durchgeführt wurde, brachte Ergebnisse, denen zufolge Landmangel von der armen Bevölkerung in Zimbabwe nur als marginaler Grund für ihre Armut angesehen wird. Die wichtigsten Ergebnisse kurz zusammengefasst zeigen, daß auf die Frage nach der Definition von Armut, nur 1% aller Befragten Mangel an Farmland als Hauptfaktor nannten. Die mit Abstand häufigste Antwort war hingegen Nahrungsmittelmangel. Auch als Hauptursache von Armut gaben nur 1% der Befragten Landmangel an. An erster Stelle stand hingegen Arbeitslosigkeit mit 30%, gefolgt von Dürre mit 29%. Die Antworten wurden noch nach weiteren Kategorien aufgeschlüsselt, immer wieder aber zeigten sich die gleichen Schwerpunkte. Dieser Studie nach scheint die Landfrage für die Bevölkerung unbedeutend zu sein.⁷ Bedenkt man allerdings, daß auf die Fragen jeweils nur eine Antwort möglich war, ist das nicht weiter erstaunlich, weil Mangel an Nahrungsmitteln wesentlich unmittelbarer als Landmangel erlebt wird und außerdem ersteres als klare Folge von letzterem betrachtet werden kann.

Offensichtlich ist, daß im gesamten Diskurs über Landreform viel zuwenig nach den Wünschen der ländlichen Bevölkerung, die keine einheitliche, ho-

⁶ 1995 Poverty Assessment Survey (PASS) Main Report. Ministry of Public Service, Labour and Social Welfare. Social Development Fund. Government of Zimbabwe. February 1997, beschrieben in Bowyer-Bower 1998: Die Studie basiert auf Interviews mit 19.173 Haushalten, 617 gemeinschaftlichen Einrichtungen wie Schulen und Kliniken und 518 obdachlosen Menschen. Die Auswertung erfolgte unter anderem nach den vier Landkategorien CA, SSCF, LSCF und RA.

⁷ Bowyer-Bower 1998; Batezat und Mwalo wiederum schreiben, daß bei einer Reihe von Interviews Frauen aus den CAs Landmangel als ihr größtes Problem bezeichneten. Batezat/Mwalo 1989, 9

mogene Gruppe ist, gefragt wird.⁸ Während die Kleinbauern in den *Communal Areas* (CAs) in der Berichterstattung so gut wie gar nicht vorkommen, werden die Farmbesetzer in den Medien zumindest wiedergegeben. Und nicht zuletzt aufgrund des Beinamens ihres Führers Chenjerai „Hitler“ Hunzvi schafften sie es auch in die Schlagzeilen.

Nur wenige Tage nach der Niederlage der ZANU(PF) beim Referendum begannen Gruppen von jungen Männern, die sich als Kriegsveteranen bezeichneten, mit der Besetzung von kommerziellen Farmen im Besitz weißer Farmer. Die meisten der Besetzer waren für Kriegsteilnehmer allerdings viel zu jung. Sie wurden mit Bussen der ZANU(PF) zu den Farmen gebracht. Angeblich, auch die MDC vertritt diese Ansicht, bekommen die Besetzer Nahrung, Geld und Instruktionen von Beamten mit Mobiltelefonen. Mugabe aber verneint, die Farminvasionen initiiert zu haben. Nach Aussagen der Regierung entschloss sich diese lediglich nicht einzugreifen, solange die Demonstrationen friedlich bleiben würden. Die Polizei verfügte nicht über die Kräfte für eine Zwangsräumung der besetzten Farmen und fürchtete zudem, daß ein derartiger Einsatz die Auseinandersetzung intensivieren und die Gewalt zur Eskalation bringen würde. Auch wenn kurz vor den Parlamentswahlen ein politischer Hintergrund der Landbesetzungen naheliegt, sind sie doch auch Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der viel zu langsamen Umsetzung der Landreform in der Vergangenheit und sollten nicht als rein politische Inszenierung abgetan werden:

„It is simplistic and irrelevant to dismiss the invasions as a political gimmick. The invasions represent the cumulative failure of the stakeholders to address the inequity and manage a meaningful land reform program. The demand for land and land reform has popular support and therefore has the potential to be politicized. The pace of resettlement has been dismal and the frustration of the people is apparant. With an election on the horizon, the historical background and lack of land reform a fertile ground had been laid for the invasions.“ (Mispelaar 2000, 13 und 5)

⁸ Vgl. auch die Studie über den Landbesitz von Migranten, die die enorme Bedeutung von Land als Sicherheitsstrategie auch für Stadtbewohner unterstreicht. Potts/Mutambirwa 1990, 688

Landbesetzungen sind im südlichen Afrika kein neues Phänomen, nur wird es erst seit kurzem auch international wahrgenommen. Allein in den Jahren 1997 und 1998 gab es in Zimbabwe 15 größere Besetzungen von kommerziellen Farmen, die auch landbesitzende schwarze Politiker betrafen.

Farmbesetzungen werden zu einem immer markanterem Element der Landreformen in der Region. Denn neben Zimbabwe sind vor allem auch Südafrika und Namibia mit der Durchführung einer dringenden Landreform konfrontiert. Und auch in Kenya hat die postkoloniale Landreform nicht ausgereicht, sodaß es dort, nicht zuletzt als Reaktion auf die Ereignisse in Zimbabwe, vergangenes Jahr ebenfalls zu Landbesetzungen kam.⁹

Allianzen zwischen dem Staat und lokalen Bewegungen stellen sich zunehmend in Opposition zu internationalen Kräften, deren Interesse an Land, in den Worten von Moyo, „racially-defined“ ist (Moyo 2000, 11). Was auch der konkrete Auslöser für die Landbesetzungen sein mag, klar ist, daß die Menschen, die sich monatelang auf den weißen Farmen niederließen nichts zu verlieren hatten.

Die Klausel, die beim Referendum abgelehnt worden war, wurde noch Anfang April 2000 dennoch vom Parlament angenommen. Die neuen Bestimmungen der *Constitutional Amendment Bill (Number 16)*, die in die bestehende Lancaster House Verfassung eingebracht wurden, ermöglichen der Regierung Land zwangsweise anzukaufen und nur für Investitionen, nicht aber für das Land selbst, Entschädigungen zu zahlen. Die Zahlung von allfälligen Entschädigungen für das Land wird von der Bereitstellung entsprechender Geldmittel durch die britische Regierung abhängig gemacht (Kawonza 2000, 4 und Mispelaar 2000, 13). Bis 1998 hatte die britische Regierung nach eigenen Angaben 44 Millionen Pfund für die Landreform zur Verfügung gestellt, die zimbabwanische Seite spricht hingegen von nur 30 Millionen Pfund. Im Jänner 1998 wurden die britischen Hilfszahlungen ganz eingestellt, weil, so die Argumentation der Briten, hohe Regierungs- und Parteimitglieder mittels dieser Gelder ungesetzlich Land erstanden hätten. Kritiker meinen, daß der Systemmißbrauch durch einige Wenige nicht zur Einstellung eines Programmes

⁹ Einen guten Vergleich zwischen der Situation in Kenya und Zimbabwe bietet, wenn auch nicht ganz aktuell, der Artikel von Hazlewood, Arthur. 1985. Kenyan Land Transfer Programmes and their Relevance for Zimbabwe. In: *The Journal of Modern African Studies.*- 23 (1985), 3, 445- 461

führen hätte dürfen, von dem auch tausende wirklich arme Familien profitierten.¹⁰

Erwartungsgemäß wurde Land auch zum Hauptthema der Parlamentswahlen 2000, der Titel des Wahlkampfmanifests der ZANU(PF) „*Land is the economy, economy is the land*“ macht dies deutlich. Über die Gründe, weshalb die Landfrage zum Hauptthema der Wahlen gemacht wurde, aber scheiden sich die Geister.

Die westliche Presse und die dazugehörigen Regierungen sehen darin nur den Versuch Mugabes von seiner miserablen Wirtschaftspolitik abzulenken. Mit Landreform hatte er ein Thema gefunden, von dem zumindest er selbst glaubte, keine eigenen Versäumnisse eingestehen zu müssen. Bei anderen Themen, wie dem äußerst unpopulären Krieg im Kongo, den sich Zimbabwe rund 400.000 US\$ pro Tag kosten läßt, obwohl es selbst nie bedroht war, und den allgemein schlechten Zustand der Wirtschaft, fiel ihm das hingegen nicht so leicht (Vgl. *The Economist*, February 19th 2000, 41 und September 5th 1998, 44).¹¹

Für diejenigen, die in der ungelösten Landfrage das Problem an sich und keinen Vorwand für andere Probleme sehen, ist die Konzentration des Wahlkampfes auf die Landreform nur logisch. Sie sehen eine gerechte Landverteilung und eine funktionierende Demokratie als in direktem Zusammenhang stehend und meinen:

„It is not difficult to see the logic in that - even democracy needs land to thrive. [...] if the land is monopolised by an ethnic minority group that makes up less than 1% of the population, democracy cannot thrive. [...] It is, therefore, right that land is now the issue on which the election will be won or lost.“ (*New African*, June 2000, 9 und 21)

Ob nun das Thema Land den Wahlausgang bestimmte oder nicht, gewonnen hat jedenfalls die ZANU(PF), wenn auch weitaus knapper als je zuvor. Nur aufgrund der Regelung, daß der Präsident selbst 30 der 150 Parlamentsmit-

¹⁰ *New African*, May 2000, 23; Vgl. *The Economist*, April 22nd 2000, 18 Vgl. auch Mispelaar 2000, 12: das Land wurde nicht zur Armutsbeseitigung eingesetzt und nicht effektiv genutzt, was von der Gebergemeinschaft daher als „reason for the discontinuation of the financial support for land reform“ vorgebracht werden konnte.

¹¹ Das Interesse Mugabes am Krieg im Kongo läßt sich mit den Diamantenminen erklären, die er von Kabila angeblich für sein Engagement versprochen bekommen hatte.

glieder ernennen kann, sitzen jetzt 92 ZANU(PF) Mitglieder 57 Repräsentanten der MDC gegenüber. Die Kleinpartei ZANU(Ndonga) hält ein Mandat.¹²

Geschichte einer Enteignung

Um den Prozeß zu begreifen der die heute noch wirkenden Strukturen schuf, ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Landpolitik seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts notwendig.

Seit Cecil Rhodes¹³ im Jahr 1890 mit seinen 196 „Pionieren“ der *British South Africa Company* (BSAC)¹⁴ aus Südafrika kommend in das Gebiet des heutigen Zimbabwe eindrang, hat die Geschichte der Enteignungen ihren Lauf genommen. Dabei war es gar nicht die Aussicht auf Land gewesen, die die Pioniere angetrieben hatte, sondern die auf Gold. Einige Jahre zuvor waren nämlich im Witwatersrand, der damals unter Kontrolle der Buren stand, die ersten Goldvorkommen entdeckt worden und die Briten machten sich daraufhin ebenfalls auf Goldsuche um ihre Vormachtstellung in der Region südliches Afrika nicht zu gefährden. Die Periode der Company Rule dauerte 25 Jahre und führte zu radikalen und traumatischen Veränderungen der zimbabweanischen Landwirtschaft.

In der Anfangsphase bekam jeder Pionier Anrecht auf 1300 ha Land. Viele von ihnen überließen ihren Anteil jedoch Spekulanten, weil sie nur an dem zu erwartendem Gold interessiert waren. Diejenigen jedoch, die ihre Landanteile nicht gleich wieder verkauft hatten, bekamen von Rhodes bereits 1891 einen *title free of occupation*, eine private Besitzurkunde für das Land, das meist

¹² Dem offiziellen Wahlergebnis zufolge gewann die MDC in 3 der 10 Wahlkreise, nämlich in Harare, Bulawayo und Matabeleland North alle Mandate, und erreichte auch in Matabeleland South und Manicaland die meisten Mandate. Die ZANU(PF) blieb hingegen nur in Mashonaland Central ohne Gegenstimme. Sie dominierte jedoch stark in den anderen beiden Mashonaland Provinzen sowie in Masvingo und Midlands. Ihr einziges Mandat konnte ZANU(Ndonga) im Wahlkreis Manicaland erringen. SADOCC-Homepage <http://www.sadocc.at>

¹³ Cecil Rhodes (1853-1902), Sohn eines Pastors, war 1870 aus gesundheitlichen Gründen nach Südafrika gekommen. Er machte in den Diamantenminen von Kimberley und den Goldfeldern von Transvaal ein riesiges Vermögen und wurde zum Beherrscher von De Beers und der Goldfield Gesellschaft. Ab 1881 war er Abgeordneter im Parlament der Kap-Kolonie und von 1890-1895 deren Premier. Werobel-La Rochelle 1975, 55: siehe dort auch für nähere Details zu Rhodes und seiner Politik

¹⁴ Die *British South Africa Company*, kurz BSAC, war 1889 von Rhodes gegründet und als ‚public company‘ an der Londoner Börse aufgelistet worden. Palmer 1977, 25

nur spekulativen Zwecken diene.

Der Großteil der einheimischen Bauern blieb vorerst auf seinem Land und zahlte hohe Pachtraten an die abwesenden Landherren (Rukuni 1990,4-6). Damit begann die Tradition der abwesenden Landbesitzer („absentee landlordism“¹⁵), die auch in der postkolonialen Diskussion um Landreform zu einem wesentlichen Kriterium wurde, demzufolge Farmen für die baldige Enteignung ausgewählt wurden.

Der Ernüchterung in Bezug auf Goldquellen in Mashonaland folgte eine Invasion in Matabeleland, dem südwestlichen Teil des heutigen Zimbabwe. Die ersten Siedler weigerten sich jedoch zu kämpfen, bis jedem 2600 ha Land, Mineralkonzessionen und ein Anteil des gefangenen Ndebele Viehbestandes versprochen wurde. Am 14. November 1892 war Matabeleland besetzt und sein König Lobengula getötet (Palmer 1968, 9-10).

Die britische Krone vergab als eine Art Überinstanz Rechte an die BSAC, über die sie freilich gar nicht verfügte. Die Interessen der Siedler und die der Briten gingen in vielen Punkten weit auseinander, vor allem was die Behandlung der afrikanischen Bevölkerung betraf. Die britische Regierung fürchtete, daß die Ndebele aufgrund der Vorgehensweise der BSAC innerhalb kürzester Zeit überhaupt kein Land mehr besitzen würden und setzte erstmals 1894 eine Landkommission ein, die den Ndebele Land zuteilen sollte. Nur wenige Wochen nach ihrer Ernennung hatte die Kommission bereits ihren Bericht fertig, der freilich alles andere als eine objektive Darstellung enthielt. Er führte zur Schaffung von Gwaai und Shangani, den ersten beiden Reservaten mit einer Größe von 3000 km² bzw. 3500 km² (Palmer 1968, 5 und Palmer 1977, 30-31). Diese beiden Gebiete, von äußerst schlechter Bodenqualität und nahezu ohne Wasserversorgung, waren zuvor nicht besiedelt gewesen.

Nur wenige Afrikaner lebten bereits vor dem Eintreffen der BSAC in den Gebieten, die zu Reservaten gemacht wurden. Das bedeutet, daß die meisten ihre Heimatgebiete verlassen mußten und umgesiedelt wurden (Riddell 1978, 7). Generell wurden die Reservate in jenen Gebieten eingerichtet, die für die Besiedlung durch Weiße als ungeeignet empfunden wurden. Bis 1913 waren 104 Reservate in Größen zwischen 2000 ha und 600.000 ha geschaffen worden,

¹⁵ Palmer 1968, 9; Unter ‚absentee landlordism‘ ist gemeint, daß Landbesitzer auf ihrem Land nicht anwesend sind und es nicht bewirtschaften oder durch Vertreter bewirtschaften lassen.

die den heutigen *Communal Areas* (CAs) entsprechen. Im März 1896 kam es zu einem gemeinsamen Aufstand der Shona und Ndebele-Bevölkerung, dem sogenannten „Ersten Chimurenga“¹⁶, der brutal niedergeschlagen wurde (Rukuni 1990, 6).

In den ersten Jahren gab es fast keine landwirtschaftlichen Aktivitäten durch die Siedler. Viele afrikanische Bauern profitierten zunächst von dem neuen großen Markt, der sich durch den Zuzug der Minenarbeiter und Kolonialisten ergab, in dem sie bedeutende Produktionssteigerungen erreichen konnten (Amin 1992, 114). Bis in das frühe 20. Jahrhundert war die afrikanische Bevölkerung erfolgreicher und effizienter in der Landwirtschaft tätig als die Europäer, die in den Anfangsjahren nur für den Eigenbedarf wirtschafteten (Palmer in Palmer/Parson 1977, 228 und 227).

Jedoch spätestens mit dem Kurssturz an der Börse 1903 war klar geworden, daß Zimbabwe, das von den Siedlern Rhodesien genannt wurde, in Bezug auf Bodenschätze eine Enttäuschung für die Siedler war. Zu diesem Zeitpunkt hatte die BSAC aber bereits viel Geld in die Erschließung des Gebietes, vor allem in den Bau von Eisenbahnen, investiert und ging daher zu einer systematischen Besiedlungspolitik über. Die landwirtschaftliche Produktion der Siedler wurde gefördert, um die ausbleibenden Einkünfte aus dem Bergbausektor zu kompensieren (Tshuma 1997, 23; Reichert 1984, 13).

Die Maßnahmen zur Förderung europäischer Farmer griffen schnell. Im Jahr 1911 gab es bereits 1424 weiße Farmer, die 2042 Farmen bewirtschafteten. Im Vergleich dazu bewirtschafteten im Jahr 1904 erst 545 weiße Farmer 301 Farmen (Amin 1992, 114). Die Zahl der Farmer stieg also schneller als die Zahl der Farmen. Der Mehrfachbesitz von Farmen wurde in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts, neben „absentee landlordism“ zu einem wichtigen Kriterium für die Enteignung von weißen Farmern.

Hinter den Landenteignungen durch die BSAC standen zwei unterschiedliche Gründe. Einerseits sollte Land für die weißen Siedler und andererseits sollte eine landlose Bevölkerungsschicht geschaffen werden. Denn nur durch die dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen konnten die afrikanischen Arbeitskräfte zur Arbeit auf den kommerziellen Farmen der Weißen oder in den Minen gebracht werden, die ohne sie nicht betrieben werden hätten können.

¹⁶ Chimurenga ist ein Wort aus der Shonasprache und bedeutet Freiheitskampf.

Die Lohnkosten waren so kalkuliert, daß der Ökonomie genau soviele Arbeitsstunden zur Verfügung standen, wie sie brauchte. Um den Preis dafür so gering wie möglich zu halten, verwiesen die Arbeitgeber darauf, daß die Arbeiter ja auch noch Zugang zu Land hätten und berechneten den Lohn nur für die Lebenshaltungskosten einer einzelnen Person, nicht aber für die einer Familie (Sibanda 1979, 6-11; Vgl. Tshuma 1997, 22-24).

Bereits in den späten 20er Jahren gab es erste Berichte, denen zufolge das Land in den Reservaten durch Übernützung stark gelitten hatte, vor allem als Folge des zu großen Viehbestandes (Southern Rhodesia 1925, 24).

Die „Überbevölkerung“ in den Reservaten war aber keine natürliche Entwicklung, sondern das Resultat einer konkreten Politik. Vor der Landnahme durch die Europäer gab es genügend Land zur freien Verfügung und die einzelnen Gemeinschaften konnten die Böden ausreichend lang brach liegen lassen. Mit der Kolonialisierung bildeten sich neue Formen von Landbesitz heraus, und es entstand ein Dualismus, der auch die heutige Struktur des Landbesitzes in Zimbabwe prägt. Auf der einen Seite steht der kommerzielle Sektor, in dem westliche Formen von Landbesitz vorherrschen, entweder Privatbesitz (*freehold*) oder langfristige Pachtverhältnisse (*long-term leasehold*). Demgegenüber steht ein Subsistenzsektor, in dem das System der „*communal tenure*“ (Gemeinschaftsbesitz) seine Gültigkeit behielt.

Der Begriff „communal“ ist vielfach kritisiert worden, da auch die vorkolonialen Systeme von Landhaltung, mit Ausnahme der Weiderechte, eigentlich auf individuellem Landbesitz basierten. Sogar im Bericht der Landkommission von 1925 wurde der Begriff als unpassend bezeichnet, was auch in folgender Textstelle zum Ausdruck kommt:

„[...] one form of tenure - that which obtains in the Reserves and is for convenience here described as communal. [...] It will thus be seen that as regards agriculture the rights enjoyed by the Native, though of a somewhat precarious nature, in many respects resembled our conception of individual rather than communal tenure.“ (Southern Rhodesia 1925, 23)

Dem Ende der BSAC Regierung folgte die Ära der Selbstverwaltung der weißen Siedler, in der sich die Landpolitik noch verschärfte. Abgesehen von den Reservaten war Land in Rhodesien bis 1930 auch Afrikanern zum Kauf offen gestanden, zumindest in der Theorie (Southern Rhodesia 1925, 3). In der Pra-

xis aber weigerten sich die BSAC und die Siedler Land an Afrikaner zu verkaufen, so daß es 1925 nur 19 Farmen im Besitz von Afrikanern gab.¹⁷ Mit dem *Land Apportionment Act* von 1930, der die Aufteilung des Landes nach „rassischen“ Kriterien institutionalisierte, wurde diese „Möglichkeit“ schließlich auch abgeschafft:

„This act which remained the corner-stone of subsequent economic policy through a series of amendments and transformation into the Land Tenure Act of 1969 confirmed the impoverishment of the black farmers, and their transformation from dangerous competitors into a source of cheap labour.“ (Stoneman in Stoneman 1981, 130)

Im Jahr 1965 erklärte Ian Smith mit der *Unilateral Declaration of Independence* (UDI) die Unabhängigkeit Rhodesiens gegenüber Großbritannien. Die UDI war unter anderem auch eine Reaktion auf den wachsenden afrikanischen Nationalismus der 50er und 60er Jahre und konnte nicht zuletzt deshalb erfolgreich durchgeführt werden, weil die afrikanischen Oppositionsparteien zuvor verboten worden waren und die Briten wiederholt erklärt hatten, daß sie keine Gewalt anwenden würden um die „Krise“ zu lösen. Die UNO verhängte zwar wirtschaftliche Sanktionen, die jedoch vor allem von Großbritannien sowie den USA und Südafrika ständig verletzt wurden. (u.a. Nyangoni 1978, 65; Thompson 1985, 142).

In manchen besser geeigneten landwirtschaftlichen Gebieten waren schwarze Kleinbauern vor der UDI von der Regierung zum Maisanbau für den Binnenmarkt ermuntert worden. Das hörte sich 1965 aber schlagartig auf, denn die Exportsanktionen zwangen auch die weißen Großbetriebe, die sich davor hauptsächlich auf den Anbau von Exportprodukten wie Tabak konzentriert hatten, für den heimischen Markt zu produzieren. Dadurch wurden die Kleinbauern wieder aus dieser Rolle verdrängt. Allein zwischen 1974 und 1978 zahlte die Regierung 87 Millionen Pfund an Subventionen an die weißen Siedler aus (Tshuma 1997, 24).

Die afrikanischen Parteien hatten nach ihrem Verbot den Kampf um die Unabhängigkeit Zimbabwes im Untergrund wieder aufgenommen. Die Unabhängigkeit 1980 war aber nicht das alleinige Resultat des Kampfes, sondern vor allem das Ergebnis zahlreicher Verhandlungen unter der Leitung Groß-

¹⁷ Palmer 1968, 34; Vgl. Stoneman in Stoneman 1981, 129; Sibanda 1979, 9; Riddell 1978, 8; natürlich fehlte es nicht nur an willigen Verkäufern sondern auch an Geld.

britanniens und der USA. Diese achteten darauf, daß der weißen Bevölkerungsminderheit eine Reihe von Sonderregelungen zugestanden wurde, zu denen auch der Schutz vor Landnahme jenseits des Marktmechanismus zählte.

Schon länger ein Thema - die Landreformen der 80er Jahre

Im gegenwärtigen Diskurs über Landreform in Zimbabwe taucht immer wieder die Frage auf, warum die Landreform erst jetzt, 20 Jahre nach der Unabhängigkeit 1980, angegangen wird. Dabei wird übersehen, daß bereits in den frühen 80er Jahren eine Landreform begonnen wurde, die quantitativ als die größte von ganz Afrika gilt und qualitativ von vielen Seiten positiv bewertet wurde. Allein in den ersten 18 Monaten der Landreform wurde in Zimbabwe nahezu soviel Land umverteilt wie in Kenya in über 15 Jahren.

Nicht, das dies auch nur ansatzweise ausreichend gewesen wäre, dennoch sollte bei der Diskussion über die Politik von Mugabe nicht übersehen werden, daß unter seiner Präsidentschaft bereits beachtliche Erfolge erreicht wurden. Die eigene zu ambitionierte Zielsetzung der zimbabwanischen Regierung - allein zwischen 1982 und 1985 sollten 162.000 Haushalte/ Familien umgesiedelt werden - hat aber ebenfalls dazu beigetragen, daß die Erfolge angesichts der ursprünglichen Erwartungen als Mißerfolge interpretiert wurden. Auch das Bevölkerungswachstum von rund 180.000 Menschen jährlich in *den Communal Areas* (CAs) hat dazu geführt, daß sich das Problem des Landmangels für den Großteil der Bevölkerung nicht gelöst hat, sondern nur seine Verschärfung verhindert wurde.

Bis 1996 wurden schließlich insgesamt rund 71.000 Familien umgesiedelt. In den letzten vier Jahren, die vor allem von der Aufregung um die Art des Landerwerbs geprägt waren, fanden kaum noch Umsiedlungen statt. In seiner Rede zum 20. Unabhängigkeitstag am 18. April 2000 sprach Mugabe davon, daß in der sogenannten „Zweiten Phase“ des Landreformprogrammes nur 2422 Haushalte auf insgesamt 66 Farmen angesiedelt worden waren (*New African*, June 2000, 20).¹⁸ Geplant gewesen wäre hingegen zwischen 1998 und 2003 insgesamt 5 Millionen ha Land des 11,2 Millionen ha großen kommerziellen Sektors aufzukaufen um darauf 150.000 Familien unterzubringen (*The Eco-*

¹⁸ Auf der Homepage der ZANU(PF) ist für diesen Zeitraum von 4697 Familien die Rede. <http://www.zanupfpub.co.zw/resettlement.html> vom 14. 2. 2001

nomist, September 5th 1998, 44).

Diesem Ziel ist die Regierung seit ihrem Wahlsieg im Juni 2000 zumindest nach eigenen Angaben bereits stark näher gekommen. Unter dem Titel *Accelerated „Fast Track“ Land Reform and Resettlement Programme* wurde die Landreform neu angegangen und der zimbabwanischen Regierung zufolge bereits 46.111 Familien auf knapp 2,5 Millionen ha Fläche umgesiedelt.¹⁹

Die Oppositionspartei *Movement for Democratic Change* (MDC) meint, daß die Zahlen weitaus geringer sind und kritisiert den Mangel an Planung und Transparenz bei der Durchführung. Dennoch appelliert sie an ihre Anhänger sich für die Umsiedlung zu bewerben, um der ZANU(PF) nicht das Monopol auf den Landreformprozess und somit auf das Land zu überlassen.²⁰

Ziele im Wandel der Zeit

In den frühen 80er Jahren war die untragbare soziale und ökologische Situation in den *Communal Areas* (CAs) das Hauptargument für eine Landreform gewesen. Die angestrebte Rückgewinnung des Landes hatte die ländliche Bevölkerung im Unabhängigkeitskampf motiviert. Das moralische Recht der afrikanischen Bevölkerung auf die Rückgabe der „lost lands“ spielte in der Argumentation der Regierung eine große Rolle. Weiters standen die politischen und sozialen Aspekte der Landreform stark im Vordergrund (Tshuma 1997, 72; Vgl. Skalmes/Moyo 1990, 4; Vgl. Cusworth in Dudley/Madeley/Stolton 1992, 89).

Auch die sieben Ziele, die damals für das Landreformprogramm formuliert wurden, reflektierten die sozialen Gründe hinter der Landreform: sie sollte den Bevölkerungsdruck in den *Communal areas* (CAs) beseitigen; die Basis für produktive Landwirtschaft im Kleinbauernsektor ausweiten und verbessern; den Lebensstandard des größten und ärmsten Bevölkerungsteils verbessern; neue Möglichkeiten für landlose oder arbeitslose Menschen schaffen; verlassenes oder unzureichend genutztes Land zur vollen Verwendung bringen; die Infrastruktur der Wirtschaftsproduktion ausweiten und verbessern sowie nationale Stabilität und Fortschritt bringen (Kinsey 1999, 176; Vgl.

¹⁹ <http://www.zanupfpub.co.zw/resettlement.html> vom 14. 2. 2001: Diese Regierungshomepage bietet viele Details zur Umsetzung des *Fast Track Resettlement Programmes*

²⁰ E-mail von Learnmore Jongwe, Secretary for Information & Publicity, durch die *MDC mailing list* mit dem Betreff „Land Resettlement-Phase II“ vom 17.1.2001

Kinsey in Ranger/Peel 1983, 96).

Zumindest auf dem Papier war die offizielle Agrarpolitik der Regierung einem strukturellem Wandel verpflichtet. Doch die politischen Ziele einer Landreform hängen vor allem davon ab, ob ihnen eine grundlegende Veränderung der politischen Kräfte vorangeht. In Zimbabwe kam es entgegen den Erwartungen jedoch nicht dazu. In der Realität sah die neue Regierung die politischen Ziele der Landreform daher vor allem in der Neutralisierung der Erwartungen derer, die Land brauchten und auch dafür gekämpft hatten (Tshuma 1997, 72).

Auch die Toleranz gegenüber den „squatters“, den illegalen Landbesetzern, während der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit war Teil eines Prozesses, der zur Stabilisierung der sozialen Beziehungen führen sollte. Da die politischen Ziele keine Umformung der landwirtschaftlichen Struktur beinhalteten, konnten die sozialen und wirtschaftlichen Ziele auch nur auf die Verringerung der Armut und eine Steigerung der Produktion innerhalb des leicht modifizierten Status Quo abzielen. Um einen Konflikt zwischen den Interessen der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung und jenen der weißen Minderheit sowie des ausländischen Kapitals zu vermeiden, wurde zunehmend auf hohe Wachstumsraten in der Gesamtwirtschaft gesetzt. Maßnahmen zur Steigerung der Produktion in den CAs waren Teil dieser Politik, die unter der Bezeichnung „*Growth with Equity*“ lief:

„The policy of growth with equity accepted the inherited economy and depended on the promotion of economic growth within the inherited relations of production and the redistribution of the proceeds thereof in a more equitable manner. In other words, production was to continue as the province of foreign and local white capital which owned the means of production while the state concentrated on equitable distribution.“
(Tshuma 1997, 53)

Ab Mitte der 80er Jahre änderte sich auch die Argumentationslinie derer, die die Landreform befürworteten insofern, als daß sie verstärkt wirtschaftliche anstatt soziale Gründe vorbrachten. Einerseits war das eine Reaktion auf die Kritik an den hohen Kosten der Landreform, andererseits aber kann der Argumentationswechsel auch als Hinweis auf das Schwinden der politischen Bedeutung vom „verlorenen Land“ interpretiert werden (Skalnes/Moyo 1990,

4-8). Trotz ihrer sozialistischen Rhetorik während der 80er Jahre hatte sich innerhalb der Regierung die Überzeugung durchgesetzt, daß Wachstum nur durch den Erhalt des Status Quo der großen Minen-, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe entstehen kann (Kinsey 1999, 174). Das war nicht zuletzt das Ergebnis des erfolgreichen Lobbyings durch die *Commercial Farmers Union* (CFU), deren Mitglieder vor allem weiße Großfarmer sind, aber auch schwarze Aufsteiger, nicht selten mit politischem Hintergrund. Mit dem Prioritätenwechsel wandelte sich auch die Zielgruppe derer, die umgesiedelt werden sollten, von den Ärmsten und Landlosen hin zu den sogenannten „Master Farmern“, die über eine anerkannte landwirtschaftliche Ausbildung verfügen (Moyo 1998, 32).

Die Ziele, die Ende der 90er Jahre für die Landreform formuliert wurden, haben sich ganz anders als ihre Vorgänger: eine größere Sicherheit im Landbesitz und ein besserer Zugang zu Finanzierungen wurden als Voraussetzung für kommerziellen Erfolg definiert und neben einer effizienteren Landnutzung vorrangig angestrebt (Rukuni 1998, 4).

Die ursprünglichen Ziele hatten sich klar verändert, die wirtschaftlichen Argumente der Gegner einer strukturellen Reform Überhand gewonnen. Es geht nicht darum, Produktivität und Wirtschaftlichkeit als nicht legitime Ziele einer Landreform darzustellen, ganz im Gegenteil. Diese Ziele sind Bestandteil fast jeder Landreform. Die Kritik bezieht sich vielmehr auf die ahistorische Betrachtungsweise des Kleinbauernsektors und die daraus resultierende technokratische und bürokratische Politik, die lediglich die Modernisierung dieses Sektors in den Vordergrund stellt:

„The environmental and economic problems of peasant agriculture were seen as inhering in traditional social relations and methods of production rather than as products of discriminatory and oppressive colonial agrarian policies.“ (Tshuma 1997, 74)

Der Konflikt findet nicht mehr ausschließlich zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerung statt, sondern zwischen den sich immer stärker ausprägenden Klassen innerhalb der schwarzen Bevölkerung. Aufgrund einer Analyse der Ereignisse der vergangenen 20 Jahre läßt sich auch die These aufstellen, daß die zimbabwanische Regierung gar nicht so sehr an einer Änderung der bestehenden Strukturen interessiert ist (Bratton in Rukuni/Eicher 1994, 80).

Korrumpierte Eliten

Bereits Anfang der 90er Jahre kam es zu mehreren Fällen, in denen führenden Regierungs- oder Parteimitgliedern enteignete Farmen in Pacht übertragen wurden. Im Herbst 1994 wurde öffentlich, daß bis zu 40.000 ha große Farmen, die im Namen des *resettlement programme* von der Regierung angekauft worden waren, an dutzende hohe Politiker zu günstigsten Bedingungen verpachtet worden waren. Aufgrund der Proteste durch zimbabwanische Medien und sowohl internationale als auch lokale Menschenrechtsgruppen und die sich formierende Opposition wurde Präsident Mugabe gezwungen, die rund 70 Pachtverträge zu annullieren (Chikuhwa 1998, 206-207; Vgl. Jenkins 1997, 594). Für die betroffenen Beamten gab es kaum Konsequenzen. Sie blieben in ihren Ämtern und viele legten gegen die Annullierung ihrer Pachtverträge Berufung ein, woraufhin Mugabe, angeblich überzeugt von den vorgebrachten guten Gründen, ihnen erlaubte auf den Farmen zu bleiben (Maposa 1995, 94).

Die Grundeinstellung der zimbabwanischen Regierung gegenüber den Kleinbauern unterscheidet sich kaum von der der internationalen Gemeinschaft. Kleinbauern sind ganz im Sinne des sich hartnäckig haltenden Modernisierungsglaubens nicht fähig produktiv zu wirtschaften, so der Grundtenor. Die Schlußfolgerungen aus dieser scheinbar universellen Annahme sind freilich verschieden: Mugabe und seine Leute folgern daraus, daß das enteignete Land daher besser in ihren Händen aufgehoben ist und verpachten es vorzugsweise an Mitglieder der Elite. Großbritannien und der Rest des Westens hingegen meint, daß sich auch zimbabwanische Minister nicht als Farmer eignen und beharrt daher darauf, das Land in den bewährten Händen der weißen Siedler zu lassen (MacGarry 1994, 20).

Der zimbabwanischen Regierung geht es also schon länger nicht mehr unbedingt um die Verringerung der Armut und eine gerechtere Landverteilung zwischen Arm und Reich, sondern viel eher um eine gerechtere Verteilung zwischen „Schwarz“ und „Weiß“.²¹ Und die ist in ihren Augen auch gegeben, wenn weiße Siedler von schwarzen Ministern abgelöst werden, auch wenn

²¹ Weiner spricht von einer ‚Kenyanisation‘ der Landfrage und meint damit, daß sie sich weg von einem Konflikt zwischen ‚Schwarz‘ und ‚Weiß‘, hin zu einem Konflikt zwischen reichen und armen Zimbabwanern bewegt. Weiner in Stoneman 1988, 85

mengenmäßig alles beim alten bleibt.

Zumindest für Teile der Regierung dürften die Einschränkungen der Lancaster House Konferenz während der 80er Jahre als praktische Erklärung dafür gedient haben, warum die Regierung in Bezug auf Landreform nicht mehr tun konnte (Bratton in Rukuni/Eicher 1994, 80).

In den 90er Jahren aber fiel diese Erklärung weg und für viele Beobachter war der Vorstoß von Mugabe im Herbst 1997 nichts anderes als ein „*land grab*“, der dazu dienen sollte, von anderen Problemen der Regierung, wie der wachsenden Opposition und der zum Teil selbst verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, abzulenken. Palmer sieht in der Haltung Mugabes ein typisches Phänomen, das auftritt wenn ein Herrscher schon zu lange an der Macht ist:

„Ageing presidents, approaching 20 years in office, surrounded only by praise-singers and out of touch with uncomfortable domestic and international realities, have already brought much economic and social damage to Zambia, Malawi and Kenya. The same trend has now become apparent in Zimbabwe.“(Palmer 1998, 1)

Palmer zählt sich selbst zu den ehemaligen Freunden dieser Regierung, die sich aber mittlerweile von dem stark korrupten und weithin unpopulären Regime abgewendet haben. Mugabes „*land grab*“ bezeichnet er als verantwortungslos, weil er den Gegnern einer strukturellen Landreform damit Munition gibt (Palmer 1998, 7).

„Doch in diesem einen Punkt hat er Recht“²²...

Kritiker meinten, daß die Regierung den Konflikt vereinfachte, indem sie ihn als Konflikt zwischen der armen ländlichen Bevölkerung und den gierigen Landbesitzern darstellte. Genau so wird dies aber laut Moyo von der betroffenen ländlichen Bevölkerung verstanden, die von den Reformgegnern freilich kaum jemals konsultiert wird (Moyo 1994, 1). Es stellt sich die Frage, ob der Konflikt auch gegenwärtig noch in dieser Form wahrgenommen wird oder ob sich bei der schwarzen Landbevölkerung ein Bewußtsein dazu gebildet hat, daß sie von den Eliten der Regierung eine ganze Menge trennt.

Der Zeitschrift *New African* zufolge dürfte sich diese Spaltung der Bevölkerung durch die Haltung Großbritanniens vor den Wahlen im Juni 2000 wieder gelegt haben. *New African* bezeichnete Großbritannien als „disaster for the MDC“, weil durch den Einsatz der britischen Regierung für den Besitz der weißen Farmer in vielen Afrikanern patriotische Gefühle geweckt worden sind, nicht nur in der Bevölkerung Zimbabwes, sondern auch unter jenen Afrikanern, die im Ausland leben.

„Now even Africans who would gladly have seen Mugabe go (after 20 years at the helm), have been forced to reassess their position and root for him. Most Africans are disgusted at the brazen attempts by Britain to undermine Mugabe in order to preserve their white privilege and advantage.“ (*New African*, June 2000, 9)

Die Leserbriefe in *New African* scheinen diese Aussage zu bestätigen. So meint etwa ein in Norwegen lebender Zimbabwaner:

„Whatever Mugabe’s past mistakes, we must agree that on this one question of redistributing land to African people, he is 100% right. He is now being accused of violating the spirit of reconciliation, but did reconciliation mean that colonisers would continue to own everything they had grabbed before independence? Rather than prove anything against Mugabe, the West’s accusations only prove how little it thinks of the right of Africans to own anything or to have meaningful independence.“ (*New African*, June 2000, 4)

Die Mehrheit der Afrikaner dürfte die Landfrage als reales Problem empfinden, das jetzt zum Ausbruch kommt, und nicht als politische Inszenierung. Bei den Farmbesetzungen des Jahres 2000 dürften jedoch beide Faktoren eine Rolle gespielt haben, was die Chancen darauf, daß die zimbabwanische Regierung ihren doch recht erfolgreich begonnenen Weg weitergeht, leider gering erscheinen läßt.

²² Teilzitat aus einem Leserbrief in *New African*, Vollzitat im Original auf der folgenden Seite

Abstract

The discussion about the land reform in Zimbabwe is dominated by emotions and prejudices which let the economic and political facts disappear. Therefore this article starts with an overview over the latest developments during the year 2000 and up to now, followed by a look back at the history of 110 years of land politics in Zimbabwe. After Independence in 1980 a reform process has been started but eventually, for a number of internal as well as external political reasons, it lost its importance to the politicians. Simultaneously the corruption of the Zimbabwean elite increased and the aims of the land redistribution process changed to the disadvantage of the poor majority of the population. Why the topic was rediscovered in the past few years remains a subject of debate.

Nevertheless, the media coverage of the farm invasions which was full of racist elements had the effect to help Mugabe gain back sympathies of Zimbabweans who had already turned away from him because of his authoritarian way of ruling.

Bibliographie

Veröffentlichtes Material

- Amin, Nick. 1992. State and Peasantry in Zimbabwe since Independence. In: *The European Journal of Development Research*.- 4 (1992), 1, 112-162
- Batezat, Elinor; Mwalo, Margaret. 1989. Women in Zimbabwe. (Harare: SAPES - Southern African Political Economy Series)
- Bratton, Michael. 1994. Land Redistribution, 1980-1990. In: Rukuni, Mandivamba; Eicher, Carl K. (Hrsg.) 1994. Zimbabwe's agricultural revolution. (Harare: University of Harare Publications)
- Chikuhwa, Jacob W. 1998. Zimbabwe: The Rise to Nationhood. (London: Minerva Press)
- Christodoulou, Demetrios. 1990. The unpromised Land: Agrarian Reform and Conflict Worldwide. (London - New Jersey: Zed Books)
- Cliffe, Lionel. 1988. The Prospects for Agricultural Transformation in Zimbabwe. In: Stoneman, Colin. (Hrsg.) 1988. Zimbabwe's Prospects. Issues of Race, Class, State and Capital in Southern Africa. (London - Basingstoke: Macmillan Publishers Ltd.)
- Cusworth, John. 1992. Zimbabwe: Issues arising from the Land Resettlement Programme. In: Dudley, Nigel; Madeley, John; Stolton, Sue. 1992. Land is Life. Landreform and sustainable agriculture. (Bonn: Intermediate Technology Publications in association with Foundation Development and Peace 1992)

- Dudley, Nigel; Madeley, John; Stolton, Sue.(Hrsg.) 1992. Land is life: land reform and sustainable agriculture. (London: Intermediate Technology Publications in association with Foundation Development and Peace, Bonn)
- Englert, Birgit. 2001. Die Geschichte der Enteignungen. Landpolitik und Landreform in Zimbabwe 1890-2000. (Hamburg: LIT) *erscheint in Kürze*
- Kinsey, Bill H. 1983. Forever Gained: Resettlement and Land Policy in the Context of National Development in Zimbabwe. In: Ranger, Terence; Peel, J.D.Y. (Hrsg.) 1993. Past and Present in Zimbabwe. (Manchester: Manchester University Press)
- Kinsey, Bill H. 1999. Land Reform, Growth and Equity: Emerging Evidence from Zimbabwe's Resettlement Programme. In: *Journal of Southern African Studies*,- 25 (1999), 2, 173-196
- Maposa, Isaac. 1995. Land reform in Zimbabwe. An inquiry into the Land Acquisition Act (1992) combined with a case study analysis of the resettlement programme. (Harare: Catholic Commission for Justice and Peace)
- Moyo, Sam. 1987. The Land Question. In: Mandaza, Ibbo. 1987. Zimbabwe. The political economy of transition, 1980-1986. (Harare: Codesria, Jongwe Press)
- Moyo, Sam. 1994. Economic nationalism and land reform in Zimbabwe. (Harare: Sapes Books)
- Moyo, Sam. 1995(a). Impact of foreign aid on Zimbabwe's agricultural policy. In: *Africa Development*.- 20 (1995), 3, 23-50
- Moyo, Sam. 1995(b). The land question in Zimbabwe. (Harare: SAPES Books)
- Moyo, Sam. 2000. The Political Economy of Land Acquisition and Redistribution in Zimbabwe, 1990-1999. In: *Journal of Southern African Studies*,- 20 (2000), 1, 5-28
- Nyangoni, Wellington W. 1978. African Nationalism in Zimbabwe. (Washington D.C.: University Press of America)
- Palmer, Robin. 1968. Aspects of Rhodesian Land Policy 1890-1936. (Salisbury: The Central Africa Historical Association)
- Palmer, Robin; Parsons, Neil.(Hrsg.) 1977. The Roots of Rural Poverty in Central and Southern Africa. (Berkeley - Los Angeles: University of California Press)
- Palmer, Robin. 1977. The Agricultural History of Rhodesia. In: Palmer, Robin; Parsons, Neil. (Hrsg.) 1977. The Roots of Rural Poverty in Central and Southern Africa. (Berkeley - Los Angeles: University of California Press)
- Palmer, Robin. 1977. Land and racial domination in Rhodesia. (London - Ibadan - Nairobi - Lusaka: Heinemann)
- Palmer, Robin. 1990. Land Reform in Zimbabwe 1980-1990. In: *African Affairs*, 89 (1990), 163-181
- Potts, Deborah; Mutambirwa, Chris. 1990. Rural-Urban Linkages in Contemporary Harare: Why Migrants Need Their Land. In: *Journal of Southern African Studies*,- 16 (1990), 4, 677-698

- Potts, Deborah; Mutambirwa, Chris. 1997. „The Government Must Not Dictate“: Rural-urban Migrants' Perceptions of Zimbabwe's Land Resettlement Programme. In: *Review of African Political Economy*, - 74 (1997), 549-566
- Ranger, Terence; Peel, J.D.Y. (Hrsg.). 1983. Past and Present in Zimbabwe. (Manchester: Manchester University Press)
- Reichert, Christoph. 1984. Das neue Zimbabwe. Gesellschaft im Übergang. (Bonn: Informationsstelle Südliches Afrika e.V.)
- Republic of Zimbabwe. 1982. Transitional National Development Plan 1982/83- 1984/85. Volume 1.
- Republic of Zimbabwe. 1986. First Five-Year National Development Plan 1986-1990. Volume 1.
- Republic of Zimbabwe. 1986. Second Five-Year National Development Plan 1991-1995
- Riddell, Roger. 1978. The land problem in Rhodesia: Alternatives for the Future. (Gwelo: Mambo Press; London: Catholic Institute for International Relations)
- Roth, Michael. 1994. A Critique of Zimbabwe's 1992 Land Act. In: Rukuni, Mandivamba; Eicher, Carl. K. (Hrsg.) 1994. Zimbabwe's agricultural revolution. (Harare: University of Harare Publications)
- Rukuni, Mandivamba. 1990. The Development of Zimbabwe's Agriculture 1890-1990. (Harare: Department of Agricultural Economics and Extension, University of Zimbabwe)
- Rukuni, Mandivamba; Eicher, Carl K. (Hrsg.) 1994. Zimbabwe's agricultural revolution. (Harare: University of Harare Publications)
- Sibanda, Concern J. 1981 (1979). The Tribal Trust Lands of Rhodesia - problems of development. (Swansea: Center for Development Studies. University College of Swansea)
- Skalnes, Tor; Moyo, Sam. 1990. Land reform and economic development strategy in Zimbabwe: state autonomy and the policy lobby. (Bergen: Development Research and Action Programme, Chr. Michelsen Institute, Department of Social Science and Development)
- Southern Rhodesia. 1925. Report of The Land Commission, 1925. (Salisbury, Rhodesia)
- Stoneman, Colin. (Hrsg.) 1981. Zimbabwe's Inheritance. (London - Basingstoke: The Macmillan Press Ltd.)
- Stoneman, Colin. 1981. Agriculture. In: Stoneman, Colin. (Hrsg.) 1981. Zimbabwe's Inheritance. (London - Basingstoke: The Macmillan Press Ltd.)
- Stoneman, Colin. (Hrsg.) 1988. Zimbabwe's Prospects. Issues of Race, Class, State and Capital in Southern Africa. (London - Basingstoke: Macmillan Publishers Ltd.)
- Stoneman, Colin; Cliffe, Lionel. 1989. Zimbabwe. Politics, Economics and Society. (London - New York: Pinter Publishers)
- Thompson, Carol B. 1985. Challenge to Imperialism. The Frontline States in the Liberation of Zimbabwe. (Colorado: Westview Press; Zimbabwe: Zimbabwe Publishing House Ltd.)

- Tshuma, Lawrence. 1997. A matter of (in)justice: law, state and the agrarian question in Zimbabwe. (Harare: SAPES Books)
- Weiner, Daniel. 1988. Land and Agricultural Development. In: Stoneman, Colin. (Hrsg.) 1988. Zimbabwe's Prospects. Issues of Race, Class, State and Capital in Southern Africa. (London - Basingstoke: Macmillan Publishers Ltd.)
- Werobel-La Rochelle, J. M. 1975. Rhodes, die British South Africa Company und die Gründung Rhodesiens. In: *Internationales Afrikaforum*,- 11 (1975), 1-2, 55-63

Unveröffentlichtes Material

- Bowyer-Bower, Tanya. 1998. Perception of Poverty in Zimbabwe: Findings of the 1995 Poverty Assessment Survey. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Hasluck, David W. (Commercial Farmers' Union) 1998. Analysis and some proposals on the Zimbabwe Government Land Acquisition and Land Reform Programme. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Indigenous Commercial Farmers Union. 1998. Land Redistribution, Use and Management in Zimbabwe. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Kawonza, Evelyn Lillian. 2000. Press Release by the Ambassador of Zimbabwe to Austria. 3. Mai 2000
- Mispelaar, Mike. 2000. Ending the Impasse and Moving Forward with Land Reform in Zimbabwe. Diskussionspapier, Mai 2000
- Moyo, Sam. 1998. The Political Economy of Land Redistribution in the 1990s. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Palmer, Robin. 1998. Mugabe's „Land Grab“ In Regional Perspective. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Rukuni, Mandivamba. 1998. Land Reform in Zimbabwe: Dimensions of a Reformed Land Structure. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Takavarasha, Tobias. (Secretary for Lands and Agriculture). 1998. Land Policy and Land Reform Programm in Zimbabwe. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Webb, Robert (President- Zimbabwe Tobacco Association) 1998. Comments. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London
- Zimbabwe Farmers Union. 1998. Smallholder Farmers Viewpoints on Land Acquisition and Distribution. Konferenzpapier, „Land Reform in Zimbabwe - the way forward“, am 11. März 1998, SOAS, London